

Antrag

der Abgeordneten Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Jochen Haug, Martin Hess, Beatrix von Storch, Dr. Christian Wirth, Marc Bernhard, Dr. Götz Frömming, Waldemar Herdt, Nicole Höchst, Stefan Keuter, Jens Maier, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD

Ermittlung des Dunkelfeldes der durch Mitglieder der Organisierten Kriminalität und des religiösen sowie politischen Extremismus ausgeübten Repressalien gegen Polizei- und Justizbeamte in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Polizisten, Staatsanwälte und Richter werden in Deutschland zunehmend von Organisierter Kriminalität – insbesondere Clankriminellen – sowie religiösen und politischen Extremisten in ihrer Privatsphäre eingeschüchtert.
- Öffentlich bekannt wird nur ein geringer Teil dieser Repressalien gegen Beamte, der jedoch schwerwiegend genug ist. Viele schweigen darüber aus Angst vor den Tätern oder aus Resignation, da solche Einschüchterungen oftmals unterhalb der geltenden Strafbarkeitsschwelle liegen und daher vielfach strafrechtlich nicht verfolgt werden können.
- Die Bedrohung von Polizei- und Justizbeamten gefährdet den Rechtsstaat in seinem Kern. Daher ist es notwendig, den Umfang solcher Bedrohungen endlich aufzuklären, um wirksame Maßnahmen gegen sie ergreifen zu können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf der nächsten Sitzung der Innenministerkonferenz (IMK) die Durchführung einer deutschlandweiten anonymen Befragung von Beamten in Justiz und Polizei der Länder und des Bundes vorzuschlagen, durch die das Dunkelfeld ihrer Bedrohung durch die Organisierte Kriminalität sowie religiösen und politischen Extremismus aufgehellt wird,
2. die statistischen Ergebnisse dieser Befragungen zu veröffentlichen und
3. in Zusammenarbeit mit den Bundesländern eine Strategie zum Schutz der Beamten in Justiz und Polizei zu entwickeln und umzusetzen,

4. das Nachstellen von Amtsträgern zum Zwecke der Einschüchterung mit dem Ziel der Beeinflussung ihrer Amtsausübung unter Strafe zu stellen.

Berlin, den 14. Mai 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Die Beamten in Polizei und Justiz bilden das Rückgrat des Rechtsstaats. Dies finden seinen Ausdruck in den §§ 113 ff. des Strafgesetzbuches (StGB), die Gewaltanwendung gegen Vollstreckungsbeamte sanktionieren. In der täglichen Dienstpraxis erfolgen jedoch auch unterhalb der Schwelle der Gewaltausübung vielfach Repressalien gegen Polizei- und Justizbeamte. Dies gefährdet den Rechtsstaat erheblich, da dessen Funktionsträger so an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert werden.

Der Polizeipräsident von Osnabrück, Michael Maßmann, berichtet, dass kriminelle Clan-Mitglieder Polizeibeamten nach deren Dienstschluss auf dem Weg nach Hause nachgefahren sind oder mit einem Fahrzeug demonstrativ vor deren Wohnhaus auftauchten.¹ Auch der Leiter des Polizeiabschnitts 55 in Berlin, Thomas Böttcher, berichtet davon, dass kriminelle Clan-Mitglieder vor seiner Wache warten, bis ein Einsatzleiter, der zuvor gegen sie tätig wurde, Dienstschluss hat. Dann fahren sie ihm nach und drohen latent - immer an der Schwelle zur Strafbarkeit.² Der Clan-Experte Ralph Ghadban nennt Fälle, in denen Clan-Mitglieder Beamten, die in ihrer Nachbarschaft wohnen, die Nachricht zukommen ließen, dass sie wissen, wo sie wohnen und welche Schule ihre Kinder besuchen und resümiert: „Die Beamten fühlen sich ausgeliefert und können vom eigenen Staat nicht geschützt werden. Das stellt einen klaren Sieg über die Staatsgewalt dar und ermuntert die Clans, ihre kriminellen Geschäfte noch rücksichtsloser zu betreiben.“³ Der Polizeipräsident von Essen, Frank Richter, kennt ebenso solche Fälle: „Es kommt zum Beispiel vor, dass abends ein dicker Mercedes-AMG vor dem Polizeipräsidium steht und die Insassen einem bestimmten Polizisten einen schönen Feierabend wünschen. Damit sagen die Clans ihm: Pass auf, wir wissen, wer Du bist.“⁴ Essener Polizisten berichteten anonym von der Bedrohungslage gegen sie: „Man guckt privat schon öfters in den Rückspiegel, um zu sehen, ob man verfolgt wird“. Ein anderer beschreibt, wie Sachbearbeiter von Behörden durch Clan-Mitglieder eingeschüchtert werden, wenn sie nicht deren Forderungen nachkommen: „Dann bekommen die Sachbearbeiter ein Bild von der Schule ihrer Kinder auf den Tisch gelegt. Diesem Druck halte niemand lange stand.“⁵

Auch durch politische Extremisten werden Polizeibeamte in ihrer privaten Lebenssphäre bedroht. So zerstachen in Mecklenburg-Vorpommern Linksextreme die Reifen der Privatautos von Polizisten und proklamierten dazu in ihrem Bekennerschreiben: „Wir haben uns bewusst nicht für die Dienstfahrzeuge entschieden, weil wir euch persönlich treffen wollten. [...] Ihr und eure Familien sollt wissen, dass ihr euch nicht unter dem Deckmäntelchen der Privatsphäre verstecken könnt. [...] Bulle sein, heißt Probleme kriegen! Jederzeit und überall!“⁶ In Berlin riefen Linksextremisten mit öffentlich aufgehängten Plakaten mit Bildern von Berliner Polizisten aus dem Bereich Staatsschutz im Stil von Fahndungsplakaten zur Jagd auf die Beamten auf. In einem dazugehörigen Gewaltaufruf auf der linksextremen Internet-Plattform Indymedia heißt es zur Veröffentlichung der Polizistenbilder:

¹ Dirk Fisser, Kriminalität: Clans wollen Polizisten in der Region einschüchtern, Neue Osnabrücker Zeitung, 8.12.2019, www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/1952325/kriminalitaet-clans-wollen-polizisten-in-der-region-einschueechtern

² Hannes Heine, Die Macht der Clans, Der Tagesspiegel, 3.11.2016, www.tagesspiegel.de/themen/reportage/arabische-grossfamilien-in-berlin-die-macht-der-clans/14763088-all.html

³ Ralph Ghadban, Arabische Clans. Die unterschätzte Gefahr, Berlin, 2018, S. 187 f.

⁴ Thomas Reisener / Christian Schwerdtfeger, Kriminelle Clans bedrohen Polizisten, Rheinische Post, 26.09.2019, S. 1.

⁵ Ebenda.

⁶ André Wornowski, Linksextreme bedrohen Polizisten und ihre Familien, Ostsee-Zeitung, 10.05.2014

„Ihre Gesichter zu kennen, um adäquat auf ihre Anwesenheit reagieren zu können, ist wichtig.“⁷ Der Berliner Sprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Benjamin Jendro, erklärt dazu, dass die so öffentlich gezeigten Beamten nicht nur für ihre Tätigkeit im Bereich Staatsschutz verbrannt seien, sondern dies auch für sie und ihre Familien hochgefährlich sei.⁸

Neben Polizeibeamten sind auch Justizbeamte Ziel von Einschüchterung durch Kriminelle und Extremisten. Bereits 2013 warnte der Präsident des Landeskriminalamtes von Niedersachsen, Uwe Kolmey, im NDR, dass die Bedrohung von Staatsanwälten und Richtern sowie die Einschüchterung von Zeugen eine neue Dimension erreicht hat. „Der Rechtsstaat muss aufpassen“, so Kolmey, „dass seine Grenzen nicht erreicht werden.“⁹

Eine Fachzeitschrift der Justiz berichtete: „Die unverhohlene Bedrohung von Richtern und deren Familien sind für manche Richter zum zermürbenden Alltag geworden. Dies gilt vor allem für Richter in den Staatsschutzsenaten der Oberlandesgerichte, die sich mit terroristischen Straftaten zu befassen haben. (...) Aber nicht nur Richter in Staatsschutzsachen werden bedroht. Die Bedrohungslage hat inzwischen auch die ‚normalen‘ Richter an Strafgerichten und Zivilgerichten erreicht. (...) Bedrohungen mit Mord, mit Säureanschlägen und solche gegen die gesamte Familie sind keine Seltenheit mehr. (...) Doch gerade die Zunahme von Drohungen, deren Ernsthaftigkeit nicht immer leicht einzuschätzen ist, macht Angriffe noch gefährlicher und schwerer vorhersehbar. Keine schöne Seite und keine schönen Aussichten, für den viel beschworenen Rechtsstaat.“¹⁰

Auch Oliver Malchow, der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), sieht das Problem als gravierend an: „Werden einzelne Polizeibeamte unter Druck gesetzt, gilt es für den Rechtsstaat zu handeln, dann sind letzte Grenzen eindeutig überschritten.“¹¹

Das Problem der subtilen Einschüchterung von Polizei- und Justizbeamten durch die Organisierte Kriminalität und den politischen und religiösen Extremismus ist seit langem bekannt. Was nicht bekannt ist, ist das genaue Ausmaß der Repressalien gegen Beamte. Während Gewaltdelikte meist zur Anzeige gebracht werden, schweigen die Beamten oft über die oftmals unterhalb der Strafbarkeitsgrenze gelagerten Einschüchterungen – sei es aus Angst vor den Tätern oder aus Resignation, da solche Taten meist strafrechtlich nicht verfolgt werden können.

Kenntnis vom Ausmaß dieser Bedrohung der Polizei- und Justizbeamten und damit auch des Rechtsstaates kann daher nur über eine deutschlandweite Dunkelfeldstudie erlangt werden, bei der die Beamten anonym über ihre Erfahrungen berichten. Die Notwendigkeit einer solchen Studie sieht auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK), der in seinem im April 2019 herausgegebenen Positionspapier „Clankriminalität bekämpfen: Strategische Ausrichtung – nachhaltige Erfolge“ gefordert, das Dunkelfeld von Repressalien von Clanmitgliedern gegen Beamte in Polizei und Justiz zu untersuchen.¹² Nach den Vorstellungen des BDK sollten dazu anonyme Befragungen von OK-Ermittlern, Staatsanwälten und Richtern durchgeführt werden, bei denen sie gefragt werden, ob in der Vergangenheit bereits Bedrohungen oder Einflussnahmen, die nicht offen zugegeben werden würden, stattgefunden haben.

Der Forderung nach einer solchen Studie sollte die Bundesregierung nachkommen und dazu auf der nächsten Sitzung der Innenministerkonferenz (IMK) die Durchführung einer deutschlandweiten anonymen Befragung von Beamten in Justiz und Polizei der Länder und des Bundes vorschlagen, durch die das Dunkelfeld ihrer Bedrohung durch die Organisierte Kriminalität sowie religiösen und politischen Extremismus aufgehellt wird. Darauf aufbauend können die Innenministerien von Bund und Ländern geeignete Maßnahmen ergreifen, um diese Repressalien gegen Polizei- und Justizbeamte wirksam zu bekämpfen.

⁷ Alexander Fröhlich, Wie Linksextreme in Berlin Jagd auf Polizisten machen, Der Tagesspiegel, 27.03.2020, www.tagesspiegel.de/berlin/fahndungsplakate-mit-zivilbeamten-wie-linksextreme-in-berlin-jagd-auf-polizisten-machen/25691338.html

⁸ Ebenda.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Bedrohte Richter, Haufe, 19.09.2016, www.haufe.de/recht/kanzleimanagement/colours-of-law-bedrohte-richter_222_376478.html

¹¹ Ebenda

¹² Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Clankriminalität bekämpfen: Strategische Ausrichtung – nachhaltige Erfolge, Kassel, April 2019, S. 32 f.

